

## **Eine Stabilitätsunion für Europa!**

Die FDP hat die europäische Einigung immer konstruktiv begleitet und gestaltet. Sie ist ein herausragender Teil unseres Selbstverständnisses. Als Liberale gestalten wir Politik und Wirtschaft auf unserem Kontinent seit Jahrzehnten erfolgreich gemeinsam mit unseren europäischen Partnern. Wir haben mit dafür gesorgt, dass die europäische Integration auf der Grundlage einer fundamentalen Erkenntnis der Liberalen gestaltet wird: nämlich, dass freier Handel Frieden und Wohlstand schafft. Demokratische Staaten, die miteinander zum beiderseitigen Vorteil Handel treiben, sind friedliche und gute Nachbarn. Deswegen ist der gemeinsame europäische Markt das Kraftzentrum Europas. Neben den wirtschaftlichen Aspekten sichern aber auch die Bemühungen zur Versöhnung zwischen den europäischen Ländern und die Gemeinschaft der Menschen seit über 60 Jahren den Frieden in Europa.

Doch heute gibt es Stimmen, die ein anderes Europa wollen. Die einen meinen, dass Europa uns mehr Nachteil als Nutzen bringe. Sie glauben, im Prozess der Globalisierung ihre Interessen alleine besser verwirklichen zu können als ein Teil eines einigen Europas. Angesichts der neuen und immer größeren Stärke der Schwellenländer tut Europa gut daran, seine Interessen weltweit konzertiert zu vertreten. Die anderen meinen, der Markt habe abgewirtschaftet und Europa müsse das Vehikel einer supranationalen Zentralplanungsbehörde werden. Diejenigen verkennen jedoch, dass nicht Markt und Wettbewerb die europäische Staatsschuldenkrise verursacht haben, sondern ungezügelter Ausgaben der Politik.

Liberale sind die Kraft der Mitte. Extreme sind für uns kein Weg! In der aktuellen Schuldenkrise fordern wir finanzpolitische Solidität als Voraussetzung für Hilfe von allen Mitgliedern der EU, besonders den Mitgliedern der Eurozone - denn Freiheit und Verantwortung gehen für die FDP Hand in Hand. Die Eigenverantwortlichkeit, seine Volkswirtschaft wettbewerbsfähig zu gestalten, muss auf dem Weg zur Stabilitätsunion genau so konsequent beachtet werden wie die gemeinsame Verantwortung für die einheitliche Währung, die enge Abstimmung und solide Haushaltspolitik der Länder der Eurozone zwingend erfordern. Wir wollen Europa klug gestalten und machen dafür folgende Vorschläge:

### **I. Eine Stabilitätsunion für Europa!**

Eine gemeinsame stabile Währung braucht gemeinsames Handeln für eine stabile Währung. Genau dies sollten die Stabilitätskriterien von Maastricht gewährleisten. Diese Kriterien wurden immer wieder gebrochen, ohne dass es zu Sanktionen kam. Insbesondere die rot-grüne Bundesregierung Schröder/Fischer ist für den Verfall des Stabilitäts- und Wachstumspaktes von Amsterdam verantwortlich. Sie hat Verletzungen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes durch Deutschland zu verantworten. Sie hat dafür gesorgt, dass Verstöße ohne Sanktionen blieben. Sie hat Griechenland den Euro-Beitritt ermöglicht. Wir setzen dem das Ziel einer Erneuerung der Stabilitätskultur in Europa entgegen. Die Euro-Gruppe muss sich zur Stabilitätsunion wandeln. Daher schlagen wir vor:

#### **1. Verfassungsrechtliche Schuldenbremsen einführen!**

Die Euro-Staaten sollen in ihre Verfassungen Schuldenbremsen aufnehmen! Durch Regelungen der jeweiligen Verfassung muss der Politik ein klarer Rahmen für die Verschuldung vorgegeben werden. Bereits auf der Ebene des innerstaatlichen Rechts der Mitgliedsstaaten müssen ihre politischen Institutionen auf einen Rahmen seriösen Haushaltes verpflichtet werden.

#### **2. Zins als ökonomische Schuldenbremse bewahren, keine Eurobonds einführen!**

Neben der juristischen soll es künftig auch eine ökonomische Schuldenbremse geben. Diese Aufgabe übernehmen die verschiedenen Zinssätze für die Staatsanleihen der Euro-Staaten: Wer unsolide haushaltet, muss hohe Zinsen zahlen. Das macht Verschuldung teuer und zähmt die Schuldenpolitik durch hohe Preise. Deswegen lehnt die FDP Eurobonds zur Bekämpfung der Schuldenkrise ab. Die gemeinsame Haftung aller Euro-Länder würde die Schuldenstaaten vor dem disziplinierenden Druck der Märkte schützen und den ökonomischen Anreiz für solide Staatsfinanzen beseitigen. Mittelfristig müssen wir dazu kommen, dass die Staaten der Euro-Gruppe für ihre Verschuldung wieder Zinsen zahlen, die ihrer Bonität angemessen sind.

#### **3. Starke Stabilitätsziele mit Sanktionen sichern!**

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt muss wieder Zähne bekommen. Es müssen verbindliche Regeln ver-

einbart werden, die den Rahmen für seriöses Haushalten vorgeben. Die FDP begrüßt, dass die Liberale Fraktion im Europaparlament durchgesetzt hat, Sanktionen künftig weitestgehend zu automatisieren. Nur so wird der politische Ermessensspielraum bei möglichen Defizitverfahren auf ein Mindestmaß reduziert. Die Sanktionen müssen in einem angemessenen Verhältnis zu den jeweiligen Verstößen stehen. Neben Strafzahlungen kommen insbesondere Streichungen von Zahlungen der Europäischen Union an die betroffenen Staaten in Betracht.

#### 4. Regeln für Staateninsolvenzen entwickeln!

Unverzüglich muss der rechtliche Rahmen in der Euro-Gruppe auch einen Mechanismus für die Insolvenz von Euro-Staaten vorsehen. Dieser Mechanismus muss klare Voraussetzungen vorsehen, ab wann er greift. Zudem muss er transparente Rechtsfolgen möglichst ohne politische Ermessensspielräume vorsehen. Klare Regeln verhindern Spekulationen auf den Finanzmärkten. Auf der Rechtsfolgenseite muss insbesondere ein Schuldenschnitt stehen. Das beugt einer lockeren Kreditvergabe an unsolide haushaltende Staaten am Kapitalmarkt vor und führt dazu, dass der Zins, den diese Staaten im Vorfeld für ihre Schulden bezahlen müssen, Auskunft über die Bonität des Schuldners gibt.

### II. Stabilisierungsmechanismen zum Schutze unseres Wohlstandes!

Auf dem Weg in die neue Stabilitätsunion der Euro-Gruppe müssen sich die Euro-Staaten insgesamt besser aufstellen. Einige brauchen Hilfe, die wir nicht aus Gutmütigkeit gewähren wollen, sondern um unseren Wohlstand zu schützen. Wir haben durch die Lehman-Pleite in den USA schmerzlich erfahren, dass die Insolvenz eines mittelgroßen Finanzinstituts einen Domino-Effekt auslösen kann, der uns in Deutschland mit einem Einbruch des Wirtschaftswachstums um 5 %-Punkte mit voller Wucht getroffen hat. Daher macht es Sinn, dass wir Euro-Staaten, die alle Anstrengungen unternehmen, um ihren Weg in die Stabilitätsunion mitzugehen, unter strengen Auflagen und unter demokratischer Kontrolle helfen:

#### 1. Hilfen an strenge Auflagen binden!

Der Rettungsschirm für Euro-Staaten, der in Form der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) und des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) aufgespannt ist, darf nur unter den strengen Auflagen agieren, die wir mit durchgesetzt haben: Maßnahmen dürfen nur dann ergriffen werden, wenn kein anderes Mittel mehr aussichtsreich erscheint (ultima ratio-Prinzip) und eine Gefahr für den Bestand der Eurozone als Ganzes besteht.

#### 2. Demokratische Kontrolle des Deutschen Bundestages sichern!

Die Rettungsschirme zur Stabilisierung der Euro-Zone müssen demokratisch kontrolliert werden. Daher hat sie das Bundesverfassungsgericht auch nur unter der Auflage gebilligt, dass sie bei haushaltsrelevanten Entscheidungen nicht ohne ein Veto-Recht des Deutschen Bundestages errichtet werden dürften. Die FDP begrüßt es daher insbesondere, dass die FDP-Bundestagsfraktion den schärfsten Kontrollmechanismus in das parlamentarische Verfahren für die entsprechenden Beratungen über die gesetzlichen Grundlagen einbringen wird: Die deutschen Vertreter in den Gremien der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) und des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) müssen bei allen Entscheidungen, die für den Haushalt der Bundesrepublik Deutschland relevant sind, mit „nein“ stimmen, es sei denn, dass sie zuvor eine anderslautende Genehmigung des Deutschen Bundestages erhalten haben. Innerhalb des EFSF und des ESM ist darauf zu achten, dass Stimmrechte dem Verhältnis der eingezahlten Finanzmittel entsprechen.

#### 3. Zusammenarbeit der Parlamente verbessern!

Die europäische wirtschaftspolitische Zusammenarbeit und die nationale Wirtschaftspolitik müssen verstärkt zu einer Angelegenheit von gemeinsamem Interesse aller betroffenen politischen Ebenen der Eurozone werden. Dazu zählen auch eine verstärkte Aufsichtsfunktion des Europäischen Parlaments sowie eine bessere Kontrolle der nationalen Regierungen durch die jeweils zuständigen nationalen Parlamente. Wenn die Regierungen der Euro-Zone verbindliche Absprachen treffen wollen, müssen diese auch von einem Euro-Parlament debattiert und kontrolliert werden.

### III. Künftige Krisen verhindern – Aufsicht verbessern, Wachstum freisetzen!

Die derzeitige Staatsschuldenkrise ist durch unsolide Haushaltspolitik verursacht worden. Sie ist kein Beleg

dafür, dass der Markt als volkswirtschaftliches Steuerungsinstrument versagt haben könnte. Vielmehr haben zahlreiche Markteingriffe und Fehlregulierungen zur Staatsschuldenkrise beigetragen. Daher schlagen wir vor:

**1. Risikoadäquate Bewertung auch bei Staatsschulden!**

Die Staaten haben dem Finanzmarkt diktiert, wie sie das Risiko ihrer eigenen Schulden in ihren Bilanzen zu bewerten haben. Noch heute etwa können nach der Solvabilitätsverordnung Staatsanleihen mit einem Risiko von „null“ bewertet werden. Solche interventionistischen Maßnahmen, die Folge des Interessenkonfliktes zwischen dem Staat als Regulator einerseits und dem Staat als betroffener Schuldner andererseits resultieren, hebeln die marktliche Risikobewertung aus und lassen den Zins für Staatsanleihen künstlich sinken. Diese Fehlregulierung hat zur Steigerung der Staatsschuldenberge beigetragen. Mittelfristig müssen wir dafür sorgen, dass solche Regelungen so umgestellt werden, dass die Risikobewertung von Schuldnern von ihrer Bonität allein abhängt.

**2. Verlässliche Eigenkapitalregelungen für Finanzinstitute!**

Die Regelungen zum Eigenkapital der Finanzinstitute sind von zentraler Bedeutung für die Stabilität des Finanzsystems. Diese ist wiederum zentral für ein funktionierendes Wirtschaftssystem. Je höher die Anforderungen an die Finanzinstitute zum Eigenkapital sind, desto stabiler sind sie gegen Krisen, aber umso weniger stark können sie die Realwirtschaft mit Krediten versorgen. Gleichzeitig bedeuten Veränderungen im Eigenkapital immer einen Hebeleffekt. Denn Banken finanzieren ihre Geschäfte mit einem Vielfachen an Fremdkapital. Mit jeder negativen Änderung im Eigenkapital muss sie ihre Geschäftsaktivitäten um ein Vielfaches einschränken. Vor diesem Hintergrund fordern wir eine Diskussion um die internationalen Eigenkapitalvorschriften für Finanzinstitute. Dabei muss einerseits die Krisenfestigkeit und andererseits die Stabilität von Bewertungsvorschriften eine Rolle spielen. Es darf nicht sein, dass einzelne Marktereignisse ganze Kettenreaktionen durch Abwertung von Buchpositionen auslösen bis hin zu einer Kreditklemme für die Realwirtschaft.

**3. Bankenaufsicht schlagkräftiger machen!**

Die Ansteckungsgefahren, mit denen die Staatsschuldenkrise unseren Wohlstand bedroht, liegen in direkten oder indirekten Klumpenrisiken von Banken. Oft können solche Risiken nicht erkannt werden, weil intransparente Finanzprodukte die Risikostruktur verschleiern oder weil die Bilanzrisiken von Vertragspartnern nicht transparent sind. Zur Vermeidung solcher indirekten Klumpenrisiken muss eine schlagkräftige europäische und nationale Bankenaufsicht beitragen. Sie muss Zugang zu allen risikorelevanten Bilanzdaten der Finanzinstitute haben. Sie muss quantitativ und qualitativ personell so ausgestattet sein, dass sie eine effiziente und schlagkräftige Risikokontrolle ermöglicht unter Beachtung nicht nur einzelner Bilanzen, sondern auch der systemischen Verknüpfung der Institute untereinander.

**4. Wettbewerbsfähigkeit steigern!**

Es muss an der zentralen Ursache der Probleme der Mitgliedstaaten angesetzt werden: Mangelnde Reformdisziplin und zu geringe Wettbewerbsfähigkeit. Nur wenn die Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig gestärkt wird, können ähnliche Krisen verhindert werden. Dabei geht es nicht darum, erfolgreiche Länder zu sanktionieren, sondern Ländern mit geringer Wettbewerbsfähigkeit einen Anreiz zu geben, sich zu verbessern. Dafür brauchen wir klare Zielsetzungen und eine deutlich tiefer gehende europäische Integration im Bereich der gemeinsamen Wirtschaftspolitik. Die Kommission sollte dies, wie beim Stabilitäts- und Wachstumspakt, überwachen und im Falle des Nichteinhaltens sanktionieren können. Dazu zählt auch ein Genehmigungsvorbehalt bei EU-Mitteln: werden keine ausreichenden Maßnahmen ergriffen, kann die Freigabe von EU-Mitteln von einem soliden nationalen Haushalt abhängig gemacht werden.

**5. Wachstumskräfte freisetzen!**

Wir müssen das Wachstumspotenzial des europäischen Binnenmarktes voll ausschöpfen - denn Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum beruhen nicht allein auf der Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Die in den Verträgen festgeschriebenen Grundfreiheiten müssen endlich verwirklicht werden. Hierzu gehört zuvorderst die Vollendung des Binnenmarktes in den Bereichen Energie, Telekommunikation, Transport und Dienstleistungen, aber auch die Schaffung eines funktionierenden europäischen Arbeitsmarktes.